

Die Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union und ihre Relevanz für Österreich

Heitzmann, Karin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heitzmann, K. (2011). Die Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union und ihre Relevanz für Österreich. *SWS-Rundschau*, 51(1), 40-52. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-339808>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union und ihre Relevanz für Österreich

Karin Heitzmann (Wien)

Karin Heitzmann: *Die Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union und ihre Relevanz für Österreich* (S. 40–52)

2010 war das »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«. In diesem Beitrag werden zunächst die europäische Armuts politik – und insbesondere das letzte Jahrzehnt – beschrieben und die Stärken sowie Schwächen der europäischen Armuts politik herausgearbeitet. Zudem wird analysiert, welche Relevanz die europäische Armutsstrategie für die österreichische Armutsberichterstattung sowie die österreichische Armuts politik hatte. Die Einschätzungen für die österreichische Armuts politik fallen ernüchternd aus: Zwar werden Fortschritte in der Berichterstattung und eine Belebung des Armutsdiskurses in Österreich diagnostiziert, die sich auf die europäische Armutsstrategie zurückführen lassen; der Einfluss der europäischen Strategie auf politische Veränderungen wird hingegen als marginal angesehen.

Schlagerworte: Armut, soziale Ausgrenzung, Offene Methode der Koordinierung (OMK), Armuts politik, Armutsberichterstattung

Karin Heitzmann: *Policies against Poverty and Social Exclusion in the European Union and their Relevance for Austria* (pp. 40–52)

2010 was the »European Year for Combating Poverty and Social Exclusion«. This article describes, first, the European policies against poverty and social exclusion, their strengths and weaknesses. Second, the relevance of the European strategy for Austria, concerning the reporting on poverty as well as the policies combating poverty and social exclusion, are being evaluated. The outcome is more than moderate. Even though there has been some progress concerning the reporting and discourse on poverty in Austria, the European strategy induced almost no changes in Austrian policies.

Keywords: poverty, social exclusion, open method of coordination (OMC), poverty policy, reporting on poverty

1. Einleitung

2010 war das »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«. Ziel dieses von der Europäischen Kommission gesetzten Schwerpunkts sollte es unter anderem sein, während des gesamten Jahres Aktivitäten zu setzen, um das öffentliche Bewusstsein für die Situation der von Armut betroffenen Menschen zu schärfen: Immerhin gelten derzeit mehr als 80 Millionen Menschen innerhalb der Europäischen Union als armutsgefährdet.¹ Zudem sollte dem politischen Engagement der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten bei der Reduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung neuer Schwung verliehen werden.

Unbestritten nimmt die Europäische Union in ihrem Bestreben, das Problem der Armut und sozialen Ausgrenzung einzudämmen, auch auf die österreichische Armuts politik – bzw. generell auf die Auseinandersetzung mit dem Problem der Armut – Einfluss. Für die EU-Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang besonders relevant war im abgelaufenen Jahrzehnt die auf zehn Jahre angelegte »Strategie für Wachstum und Beschäftigung«, die im März 2000 vom Europäischen Rat in Lissabon verabschiedet wurde (Europäischer Rat 2000). Ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie war die Etablierung der »Offenen Methode der Koordinierung« (OMK) für den Armutsbereich. Damit ist ein Prozess gemeint, dessen Herzstück die Vereinbarung gemeinsamer Ziele und gemeinsamer Indikatoren darstellt, anhand derer Fortschritte in den einzelnen Ländern gemessen und miteinander verglichen werden können.

Ziel dieses Beitrags ist es zunächst, die Entwicklung der EU-Armutspolitik zu skizzieren, die bereits in den 1970er-Jahren begann. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf der Darstellung der letzten zehn Jahre der EU-Armutspolitik, die mit der »Strategie für Wachstum und Beschäftigung« 2000 ihren Anfang genommen hat und mit dem Ziel, die Armut und soziale Ausgrenzung bis zum Jahr 2010 »entscheidend einzudämmen« (Europäischer Rat 2000, o. S.), vor kurzem ausgelaufen ist (Kap. 2). Danach wird die Relevanz der EU-Armutspolitik der letzten zehn Jahre für die österreichische Armutsberichterstattung bzw. den Armutsdiskurs und die österreichische Armuts politik untersucht und die Frage gestellt, ob bzw. inwieweit die Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Armut und die konkrete Armutsbekämpfungspolitik in diesem Land von der europäischen Politik beeinflusst worden ist (Kap. 3). Zum Abschluss erfolgt im letzten Kapitel ein Ausblick auf die aktuelle Armutsstrategie der Europäischen Union, welche die »Strategie für Wachstum und Beschäftigung« ablöste und die – wiederum auf zehn Jahre angelegt – als »Europa 2020-Strategie« bekannt ist (Europäische Kommission 2010). Es werden dabei Stärken und Schwächen der OMK für den

1 Als armutsgefährdet gelten alle Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen in ihrem jeweiligen Mitgliedsstaat unterhalb der nationalen Armutsgefährdungsschwelle (60 Prozent des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens) liegt. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen ist dabei das gewichtete verfügbare Einkommen, d. h. das Haushaltseinkommen unter Berücksichtigung der Steuerleistung und unter Hinzurechnung von Transferleistungen. Gewichtet wird das Einkommen je nach Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder. In Österreich betrug die Armutsgefährdungsschwelle 2008 für einen Ein-Personen-Haushalt 951 Euro pro Monat (BMASK 2009, 49).

Armutsbereich, die sich in den letzten zehn Jahren gezeigt haben, angeführt und Neuerungen in der aktuellen Strategie sowie bestehende Herausforderungen bzw. Probleme der europäischen Herangehensweise an die Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung diskutiert (Kap. 4).

2. EU-Armutspolitik von den 1970er-Jahren bis heute

Das Thema »Armut« wurde auf europäischer Gemeinschaftsebene erstmals im Zusammenhang mit der ersten Erweiterungswelle 1973 thematisiert (Room 2010, 9). Damals hatte Europa seit knapp drei Jahrzehnten ein scheinbar unbegrenztes Wachstum erlebt – die erste Ölkrise stand noch bevor. Nichtsdestotrotz waren die BürgerInnen wenig begeistert vom europäischen Projekt: Es wurde daher notwendig, soziale Aspekte stärker zu berücksichtigen, um die Akzeptanz einer »Europäischen Gemeinschaft« zu erhöhen. Irland, eines der neuen Beitrittsländer und ein Land, das selbst viel Erfahrung mit dem Problem der Armut hatte, schlug schließlich vor, dass die Gemeinschaft neben der wirtschaftlichen Integration ein klares Bekenntnis zur Armutsbekämpfung abgeben sollte.

Eine Folge davon war die Initiierung des ersten europäischen Anti-Armutsprogramms (1975 bis 1980). Kern des Programms war die Entwicklung und Evaluierung von regionalen und lokalen Armutsprojekten. Zudem wurden nationale Armutsberichte verfasst und – aufbauend auf einer gemeinsam abgestimmten Methodologie – nationale Armutsquoten geschätzt. Besonders die letzten beiden Teile des ersten Armutsprogramms führten in einzelnen Mitgliedsländern (beispielsweise in Italien) zu heftigen (gesellschafts-) politischen Debatten.

Ein zweites europäisches Anti-Armutprogramm wurde für den Zeitraum 1986 bis 1989 konzipiert. In dieser Periode wurden vor allem länderübergreifende Forschungen zur Armutsbekämpfung durchgeführt (z. B. Room 1993). Wieder wurden die Armutsquote in den einzelnen Ländern geschätzt und Vergleiche zwischen den Ländern angestellt. Die damit verbundenen methodischen Herausforderungen (unter anderem bezüglich des Vergleichs von wirtschaftlich unterschiedlich entwickelten Ländern, die über unterschiedliche Lebensstandards verfügen) führten nicht zuletzt dazu, dass das Europäische Statistische Zentralamt (Eurostat) begann, sich intensiver mit der (Weiter-) Entwicklung einer vergleichbaren Methodik zur Armutsmessung auseinanderzusetzen.

Das dritte europäische Anti-Armutprogramm, das zeitlich an das zweite Programm anschloss (1990 bis 1994), führte einerseits die länderübergreifenden Initiativen zur Armutsforschung fort. Zur Messung der Armut wurde ein auf EU-Ebene entwickeltes Erhebungsprogramm, das Europäische Haushaltspanel (ECHP), etabliert und in allen Mitgliedstaaten eingeführt. Es ermöglichte mit einem harmonisierten Fragebogen und einer jährlich durchgeführten Befragung einer repräsentativen Stichprobe vergleichbare Ergebnisse, die zudem – aufgrund des Panelcharakters der Erhebung – Längsschnittuntersuchungen zur sozialen Situation in den einzelnen Mitgliedstaaten zuließen. Andererseits wurde im Rahmen des dritten Anti-Armutprogramms eine »Beobachtungsstelle« für nationale Politiken zur Bekämpfung der Armut und

sozialen Ausgrenzung etabliert. Diese – von wissenschaftlichen ExpertInnen getragene – Beobachtungsstelle wurde allerdings ebenso wie weitere Teile des dritten Armutsprogramms (mit Ausnahme des ECHP), 1994 vor allem auf Druck Deutschlands beendet. Deutschland bestand darauf, dass Armutsbekämpfung nach dem EU-Vertrag keine explizite Aufgabe darstellen würde und Aktivitäten der Gemeinschaft zu diesem Thema daher unangebracht seien (Room 2010, 9).

Diese Weigerung Deutschlands, aber auch die zunehmende Skepsis anderer Mitgliedstaaten, sich mit dem Problem der »Armut« auseinanderzusetzen, hat auch damit zu tun, dass der politisch umstrittene Begriff »Armut« in den Mitgliedsländern auf wenig Akzeptanz stieß (Daly 2010, 20). Nicht zuletzt deshalb hat das – politisch weniger umstrittene, weil schwieriger fassbare – Konzept der »sozialen Ausgrenzung« an Bedeutung im Dialog gewonnen. Dies wird nicht zuletzt daran sichtbar, dass der Begriff »Armut« entweder gar nicht mehr oder aber in Verbindung mit der Problemlage »soziale Ausgrenzung« erwähnt wird. Dass es sich beim Konzept der »sozialen Ausgrenzung« um ein Problem handelt, das sich von dem der Armut konzeptionell deutlich unterscheidet, darauf wurde in Wissenschaftskreisen immer wieder hingewiesen.²

Eine neue – und durchaus bedeutsame – Rolle auf Ebene der Europäischen Union spielten die Problemlagen Armut und soziale Ausgrenzung spätestens mit der im März 2000 von den EU-Regierungschefs in Lissabon beschlossenen »Strategie für Wachstum und Beschäftigung« (Daly 2010, 23–25). Diese auf zehn Jahre angelegte Strategie, die auch als Lissabon-Strategie oder Lissabon-Prozess bekannt ist, setzte sich zum Ziel, die Europäische Union bis 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt« (Europäischer Rat 2000, o. S.) zu machen. Wieder einmal war es der Politik ein Anliegen, angesichts zunehmender Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem europäischen Projekt, die soziale Dimension der Europäischen Union zu stärken – und eine zentrale Rolle dabei sollte die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung spielen.

So wurde vom Europäischen Rat in Lissabon unter anderem festgehalten, dass das Ausmaß an Armut und sozialer Ausgrenzung nicht hingenommen werden könne und sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Kommission etwas unternehmen müssten, um bis zum Jahr 2010 die Beseitigung der Armut und sozialen Ausgrenzung »entscheidend voranzubringen« (Europäischer Rat 2000, o. S.) – auf eine konkretere Zielvorstellung konnte man sich damals übrigens nicht einigen. Zwar änderte sich damit nichts an der Kompetenzverteilung im Hinblick auf die Sozialpolitik im Allgemeinen oder die Armutspolitik im Besonderen: Diese blieben nationale Angelegenheiten. Allerdings einigten sich die Mitgliedsländer darauf, ihre politischen Anstrengungen zur Bekämp-

2 So verweist etwa Jos Berghman (1995, 21) darauf, dass Armut ein statisches Ergebnis darstelle und in der Regel eindimensional (über die Ressource Einkommen) gemessen wird, wohingegen soziale Ausgrenzung einen dynamischen Prozess charakterisiert, der nur multidimensional darstellbar wäre. Graham Room (1999, 167-169) ergänzt, dass mit dem Konzept der sozialen Ausgrenzung der Fokus auf die Ressourcen der lokalen Gemeinschaft gerichtet würde und nicht mehr auf die Ressourcen einzelner Haushalte. Soziale Ausgrenzung hat daher auch eher mit relationalen Gesichtspunkten zu tun und nicht nur mit Verteilungsfragen.

fung der Armut und sozialen Ausgrenzung zu koordinieren sowie mit Hilfe der »Offenen Methode der Koordinierung« (OMK) einerseits einzelstaatliche Maßnahmen zu koordinieren und andererseits einen Prozess des Voneinander-Lernens (vor allem durch Austausch von »Gute-Praxis-Beispielen« oder »Beste-Praxis-Beispielen«) zu initiieren. Bei der OMK im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung handelt es sich um eine freiwillige Selbstverpflichtung zur politischen Kooperation, die darauf basiert, gemeinsame Ziele und gemeinsame Indikatoren zu vereinbaren. Aufgabe der Mitgliedstaaten war es, über die Erreichung der gemeinsamen Ziele regelmäßig in nationalen Plänen zu berichten, die als Aktionspläne bzw. später als Strategieberichte vorgelegt werden mussten. Diese Berichte wurden dann von Rat und Kommission in gemeinsamen Berichten bewertet.

Mary Daly (2010, 23) ist der Ansicht, dass es falsch wäre, den auf zehn Jahre angelegten Lissabon-Prozess gerade auch mit Blick auf die Problemlagen Armut und soziale Ausgrenzung als einzelne Phase zu betrachten. Vielmehr hätte es (mindestens) zwei voneinander unterscheidbare Perioden gegeben: Die erste dauerte bis 2004, die zweite lief ab 2005 und endete 2010. Veränderungen ergaben sich vor allem hinsichtlich der gemeinsamen Ziele zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Verfolgte die Europäische Union zwischen 2000 und 2004 eine äußerst »sozialdemokratische« Vision zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung – indem beispielsweise soziale Rechte eine zentrale Rolle einnahmen und »Gemeinschaft« als ökonomischer, sozialer und politischer Zusammenhalt der Menschen definiert wurde (vgl. dazu Europäischer Rat 2000) –, so änderte sich die Prioritätensetzung ab 2005 doch deutlich und führte zu einer merklichen Abschwächung der ursprünglichen Ziele (vgl. dazu Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005). Grund für diese Veränderung war insbesondere die schwache Bilanz des bisherigen Lissabon-Prozesses: So wurden insbesondere die Wachstums- und Beschäftigungsziele nicht erreicht, die daher ins Zentrum der revidierten Lissabon-Strategie rückten – und die übrigen Schwerpunktsetzungen, u. a. das Ziel zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung, traten in den Hintergrund.

Eine Folge dieser Veränderungen war, die bis dahin separaten OMK-Prozesse in den Bereichen »Armut und soziale Ausgrenzung«, »Renten« sowie »Gesundheit und Pflege« unter dem Titel »Sozialschutz und soziale Eingliederung« zusammenzuführen. Die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung – einst zentrales Anliegen der sozialpolitischen Bemühungen der EU – war damit nur mehr einer von drei Bereichen, was als politische Abwertung gedeutet werden kann. Zudem hatte sich auch die Vorstellung, wie »soziale Eingliederung« zu erreichen sei, verändert: Der Fokus lag jetzt auf dem Erreichen von Wachstumszielen und der Schaffung von Arbeitsplätzen, wohingegen andere Bereiche, die für die soziale Inklusion wichtig wären (wie zum Beispiel die Hilfe für die am stärksten benachteiligten Gruppen, die nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können), vernachlässigt wurden.

Abgesehen von diesen politisch-motivierten Veränderungen hat die Lissabon-Strategie vor allem im Hinblick auf die Definition der beiden Problemlagen durch die Entwicklung multidimensionaler Indikatoren sowie ihre Messung deutliche Fortschritte

erzielt. Wie bereits erwähnt, wurden bereits im Rahmen der ersten drei Armutsprogramme Versuche unternommen, die Armutsmessung innerhalb der europäischen Gemeinschaft zu vereinheitlichen. Während des Lissabon-Prozesses konnten in diesem Zusammenhang weitere Fortschritte erreicht werden. So einigte man sich beispielsweise auf gemeinsame multidimensionale Indikatoren zur Messung der Armut und sozialen Ausgrenzung³, die im Verlauf des zehnjährigen Lissabon-Prozesses etliche Revisionen und Verbesserungen erfuhren (Daly 2010, 26–31). Zudem wurden Fortschritte bei der Verfügbarkeit von relevanten Daten erzielt. Denn nach Ablauf des Europäischen Haushaltspanels im Jahr 2000 wurde 2003 das Nachfolgeprojekt EU-SILC eingeführt. Jedes Mitgliedsland verpflichtete sich, jährlich relevante (und zwischen den Mitgliedstaaten vergleichbare) Daten zu den verschiedensten Aspekten der sozialen Lage der Bevölkerung an Eurostat zu liefern: Diese Datenbasis ermöglicht es nicht nur, Vergleiche zur Lage der Armut und sozialen Ausgrenzung zwischen den Mitgliedstaaten anzustellen, sondern ist – zum Beispiel auch in Österreich – die wichtigste Quelle für die nationale Armutsberichterstattung.

3. Die Relevanz der EU-Armutspolitik für die österreichische Armutsberichterstattung, den hiesigen Armutsdiskurs und die Armutspolitik

Bislang wurde die europäische Strategie zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung vorgestellt. Zwar ist die Sozialpolitik und damit auch die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nach wie vor eine nationalstaatliche Kompetenz, nichtsdestotrotz war der Lissabon-Prozess und allen voran die OMK für den Armutsbereich für die Nationalstaaten relevant. In diesem Kapitel soll daher analysiert werden, was die bisherige europäische Armutspolitik in Österreich bewirkt hat. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die Armutsberichterstattung in diesem Land, der Armutsdiskurs sowie die Armutspolitik selbst. Literaturgrundlage für diesen Teil des Beitrages sind vor allem die entsprechenden Artikel eines Sonderheftes der Zeitschrift Kurswechsel zu diesem Thema (siehe dazu Angel u. a. 2010).

Marcel Fink (2010, 61) argumentiert etwa, dass entlang der Konzeptionalisierung von politischen Prozessen nach John W. Kingdon (1995) eine Relevanz der OMK für den Armutsbereich auf die österreichische Politik im Hinblick auf drei Ebenen zu erwarten gewesen wäre. Dies betrifft erstens den sogenannten »*problem stream*«, der erwarten lassen hätte können, dass Fragen der sozialen Inklusion auf nationalstaatlicher Ebene grundsätzlich vermehrt auf der politischen Agenda zu finden sein müssten; zweitens den sogenannten »*policy stream*«, gemäß dem in der politischen Sphäre vermehrt unterschiedliche Probleminterpretationen sowie mögliche Problemlösungsmechanismen diskutiert und einander gegenübergestellt hätten werden müssen. Schließlich bestand die Möglichkeit, dass im Rahmen des politischen Prozesses drittens auch

3 So wurden etwa neben der Armutsgefährdungsquote auch Indikatoren zur Messung der Arbeitslosenrate, des regionalen Zusammenhalts, der gesundheitlichen Lage oder der Bildungslage inkludiert (Daly 2010, 28–29).

der »*politics stream*« beeinflusst worden wäre. Darunter wird verstanden, dass – u. a. auf Basis des mit der OMK angestrebten gegenseitigen Lernens – eine Anpassung einschlägiger nationalstaatlicher Strategien und Maßnahmen erfolgen hätte können.

Im Hinblick auf den »*problem stream*« konstatiert Fink (2010) für Österreich, dass die OMK die österreichische Politik bzw. VerantwortungsträgerInnen eher indirekt beeinflusst hätte⁴ – und zwar durch die auf EU-Ebene vereinbarten gemeinsamen Indikatoren für soziale Inklusion und Sozialschutz, die nicht nur die europäische Armutsberichterstattung beeinflusst hätten, sondern auch die österreichische Armutsberichterstattung sowie den darauf basierenden wissenschaftlichen und (sozial-) politischen Diskurs.

Die Bedeutung dieses Einflusses auf die österreichische Berichterstattung und den österreichischen Diskurs begann allerdings nicht erst mit dem Lissabon-Prozess, sondern kann schon deutlich früher verortet werden. So waren Informationen zur Armut (geschweige denn zur sozialen Ausgrenzung) bis Mitte der 1990er-Jahre in Österreich und für Österreich nur sehr spärlich vorhanden. Dies hatte vor allem zwei Ursachen: Erstens gab es kaum Datenquellen, die eine Analyse beispielsweise des Umfangs der Problemlagen bzw. der Zusammensetzung der von Armut und sozialen Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung erlaubt hätten. Zweitens bestanden ein geringes politisches sowie ein kaum vorhandenes wissenschaftliches Interesse, sich dieser sozialen Themen anzunehmen, was sich beispielsweise daran zeigt, dass erstmals erst im Jahr 1996 ein Kapitel zur Armut im jährlichen Sozialbericht inkludiert wurde (Steiner/ Giorgi 1997) – und auch das nur auf Drängen der Partei der Grünen. Weiters gab es – mit sehr wenigen Ausnahmen (z. B. Schneidewind 1985) – bis Mitte der 1990er-Jahre kaum eigenständige Untersuchungen zur Armut in Österreich. Mit der Einführung des Europäischen Haushaltspanels, das Österreich mit seinem EU-Beitritt 1995 übernahm, stand erstmals für Österreich eine umfassende und repräsentative Datenquelle zur Verfügung, die zudem Längsschnittuntersuchungen zuließ. Durch die bereits damals angestellten Vergleiche der Armutsquoten zwischen den europäischen Mitgliedstaaten wurde auch hierzulande mit einer regelmäßigen Armutsberichterstattung begonnen: Wissenschaftliche Arbeiten zu armutsrelevanten Themen wurden beauftragt bzw. im Rahmen der Grundlagenforschung auch ohne Auftrag durchgeführt.⁵ Beispiele dafür sind etwa größere Sammelbände zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung, die in den letzten Jahren zur Situation in Österreich erschienen sind (z. B. Dimmel u. a. 2009, Knapp/ Pichler 2008, Schenk/ Moser 2010).

Bezogen auf die zweite und die dritte Ebene des politischen Prozesses, den »*policy stream*« sowie den »*politics stream*«, argumentiert Fink (2010, 69) basierend auf einer Analyse der Regierungstätigkeiten innerhalb des Lissabon-Prozesses (2000 bis 2007 schwarz-blaue bzw. schwarz-orange Regierung unter Wolfgang Schüssel und ab 2007 rot-schwarze Regierung unter Alfred Gusenbauer, der Ende 2008 von Werner Faymann abgelöst wurde): Die jeweils vorgeschlagenen und beschlossenen Maßnahmen, die dem Bereich der Armutsbekämpfung zugerechnet werden können, wie etwa die Einführung

4 Ähnlich wie dies auch für die verbleibenden zwei *streams* konstatiert werden kann.

5 Zur Entwicklung der Armutsberichterstattung in Österreich siehe auch Heitzmann/Till-Tentschert (2009).

einer bedarfsorientierten Mindestsicherung (Kargl/Schenk 2010, 86–87, Lang/Steiner 2010, 77), seien vor allem von nationalen politischen Bedingungen geprägt und weniger in direktem Zusammenhang mit der OMK bzw. dem Lissabon-Prozess zu sehen.

Die Relevanz des Lissabon-Prozesses und insbesondere der OMK für die österreichische Politik gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird auch von VertreterInnen des zuständigen Bundesministeriums in Österreich als äußerst begrenzt bezeichnet (Lang/Steiner 2010). Sie sehen die OMK bereits als einen Kompromiss zwischen den BefürworterInnen verstärkter Wettbewerbsfähigkeit und Deregulierung einerseits und BefürworterInnen einer stärkeren sozialen Dimension der Europäischen Union andererseits (ebd., 74). Dennoch identifizieren auch sie einige Stärken der OMK aus nationaler Sicht: So stellt der europäische Diskurs etwa aus ihrer Sicht eine Ergänzung und Erweiterung nationaler Debatten zur Armutsbekämpfung dar, vor allem aber wurde durch die Entwicklung der Leitindikatoren auch die nationale Debatte intensiviert bzw. konnte – nicht zuletzt auch mit Hilfe des Programms EU-SILC – die Datenlage weiter verbessert werden. Die wesentlichste Schwäche der OMK sehen Lang und Steiner (2010) vor allem in ihrer mangelhaften Ausrichtung.

So ist ihrer Ansicht nach nicht klargestellt, was das primäre Ziel des Prozesses hätte sein sollen. Sollte der Fokus auf der administrativ-technischen Abwicklung der Zusammenarbeit liegen oder aber auf politischen Prozessen? Sie berichten aus ihrer eigenen Arbeitserfahrung als Mitarbeiter des Sozialministeriums, dass die OMK und die zu erfüllenden Vorgaben von der österreichischen Administration vor allem als »bürokratischer Prozess« (Lang/Steiner 2010, 75) wahrgenommen wurden. Dass dies so ist, argumentieren sie vor allem mit Blick auf die regelmäßig zu erstellenden nationalen Berichte für Sozialschutz und soziale Eingliederung, die vom Sozialministerium zu verfassen sind und – zumindest nach Vorstellung der Kommission – strategische Planungsdokumente im nationalen Kontext sein sollten. Lang und Steiner halten dagegen, dass die nationalen Berichte dieses Erfordernis schon wegen der zeitlichen Asynchronität zwischen dem europäischen Prozess und den nationalen Politikprozessen nicht erfüllen können. Vielmehr werde »mit großem bürokratischen Aufwand ein Bericht erstellt (...), dessen praktische Relevanz äußerst gering ist. Er stellt eine selektive Auswahl von geplanten oder bereits durchgeführten Maßnahmen der Regierung, der Länder und der Sozialpartner dar und geht nicht auf politische Maßnahmen ein, die dem Ziel der Armutsbekämpfung zuwiderlaufen könnten. Aufgrund fehlender Kontextinformationen ist der Bericht auch für InteressentInnen aus anderen Mitgliedstaaten und als Grundlage für gegenseitiges Lernen nur sehr eingeschränkt verwendbar« (Lang/Steiner 2010, 76).

Tatsächlich wurden die Aktionspläne bzw. Strategiepläne von unterschiedlichster Seite kritisiert.⁶ Im Hinblick auf den ersten nationalen Aktionsplan (BMSG 2001) wurde

6 In Österreich wurden vom zuständigen Sozialministerium bislang vier derartige Berichte verfasst: 2001, 2003 (inkl. einer Aktualisierung 2004), 2006 und 2008. Diese wurden zunächst als »Nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung« bezeichnet und werden seit 2006 als »Strategieberichte für Sozialschutz und soziale Eingliederung« veröffentlicht. Sie enthalten nicht mehr nur Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, sondern auch die Bereiche Gesundheit, Pflege und Pensionen.

etwa angemerkt, dass dieser keinerlei quantifizierbare Ziele enthalte und sich im Wesentlichen auf eine Aufzählung von bereits existenten Maßnahmen (vor allem im Bereich der Arbeitsmarktpolitik) beschränke, wohingegen ein umfassender Plan zum weiteren Abbau von Armut und Ausgrenzung weitgehend fehlen würde (z. B. Litschel 2009, 614). Auch die Europäische Kommission kritisierte den ersten österreichischen nationalen Aktionsplan als wenig engagiert (Stelzer-Orthofer 2010, 40).

Insgesamt sind Lang und Steiner der Ansicht, dass das Anliegen der OMK, im Politikbereich »Soziale Eingliederung« neue Impulse für die Politikgestaltung auf nationaler und EU-Ebene zu liefern, in den letzten Jahren »nur in sehr beschränktem Ausmaß realisiert« worden wäre (Lang/Steiner 2010, 77). Ähnlich wie Fink sehen sie Veränderungen im Hinblick auf die öffentliche Debatte und die Sichtbarmachung der mit Armut und Ausgrenzung verbundenen Probleme, wohingegen die tatsächliche Politik durch die OMK »kaum beeinflusst« (ebd.) worden sei.

Probleme mit der OMK und ihrer Wirkung auf Österreich konstatieren auch VertreterInnen von sozialen Non-Profit-Organisationen bzw. der österreichischen Armutskonferenz (Kargl/Schenk 2010). Neben der bereits angesprochenen Kritik im Hinblick auf die nationalen Strategieberichte, die von den PraktikerInnen geteilt wird, sehen sie die mangelhafte Einbindung »aller relevanten AkteurInnen« – eine der zentralen Säulen der OMK – als besonders kritisch an. Sie erheben den Vorwurf, dass ihre Anliegen entweder gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt worden seien.

Lamprecht (2010) untersuchte die konkrete Einbindung von Sozialorganisationen in den OMK-Prozess und bemerkte, dass es unterschiedliche Erwartungen vonseiten der Verwaltung und der Sozialorganisationen gegeben hätte: Während sich das für die Aktionspläne zuständige Sozialministerium nach den Untersuchungen von Lamprecht insbesondere die Bereitstellung von Expertise durch relevante Non-Profit-Einrichtungen erwartet hatte⁷, lag das Interesse letzterer an einer gleichberechtigten, partnerschaftlichen Einbindung, die sich etwa in der Berücksichtigung ihrer Forderungen in den Aktionsplänen zeigen sollte. Bereits im Verlauf der Erstellung des ersten Aktionsplans im Jahr 2001 stellte sich jedoch heraus, dass die Anregungen der Sozialorganisationen im Bericht selbst nicht berücksichtigt worden waren. Da sich diese Praxis im weiteren Verlauf nicht änderte, ging die österreichische Armutskonferenz dazu über, ihre Mitarbeit, die in formellen Treffen und dem Erstellen von Kommentaren zum Rohbericht bestehen würde, zu verweigern und stattdessen ihre Bewertungen der österreichischen Armutspolitik bzw. der Aktionspläne in eigenen Schattenberichten zu veröffentlichen. Der erste dieser Berichte wurde bereits 2001 parallel zum ersten österreichischen Aktionsplan veröffentlicht, der letzte stammt aus dem Jahr 2008.⁸

7 Nach Ansicht von Lang und Steiner (2010, 78–79) bestand die Schwierigkeit beim Konsultationsprozess insbesondere darin, dass die Aktionspläne bzw. in weiterer Folge die Strategieberichte eine »verbindliche Richtschnur« für die Politik sein sollten. Aufgrund der doch unterschiedlichen Sichtweisen der verschiedenen AkteurInnen zu den geeigneten politischen Strategien zur Armutsbekämpfung gaben die Berichte dann aber vor allem den Standpunkt der Regierungen wieder.

8 Die Armutskonferenz (2008) *Aktionsplan der Armutskonferenz. Schattenbericht zum Nationalen Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008–2010*. Wien, verfügbar unter: http://neu.armutskonferenz.at/images/Broschueren/aktionsplanarmutskonferenz2008_03.pdf, 31. 1. 2011.

4. Fazit und Ausblick auf die neue EU-Armutspolitik: Die »Europa 2020-Strategie«

Die Einschätzung der Wirkungen der OMK für die Bereiche der Armut und sozialen Ausgrenzung auf die österreichische Armutspolitik fällt damit ernüchternd aus: Zwar werden Fortschritte in der österreichischen Berichterstattung und auch eine Belebung des Armutsdiskurses diagnostiziert, die sich auf die europäische Armutsstrategie zurückführen lassen; der Einfluss der europäischen Strategie auf politische Veränderungen wird hingegen als marginal angesehen. Der auf zehn Jahre angelegte Lissabon-Prozess – und insbesondere jene Teile, die sich mit der Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung beschäftigen – weist sowohl Stärken als auch Schwächen auf, die sich auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene gleichermaßen verorten lassen.

So sehen es etwa Hugh Frazer und Eric Marlier (2010, 37–38) als eine wesentliche Stärke der OMK im Bereich Armut und soziale Ausgrenzung an, dass es gelungen ist, die Themenfelder Armut und soziale Ausgrenzung auf die politische Agenda sowohl der Europäischen Union als auch ihrer Mitgliedstaaten zu setzen und – wenn auch im Zeitverlauf in abgeschwächter Form – zu halten. Als weitere Stärke ist es zu werten, dass es – vor allem aufgrund der Entwicklungen bei der Armutsmessung und den gemeinsam vereinbarten Indikatoren – gelungen ist, auf politischer Ebene das Verständnis für die Konzepte Armut und Ausgrenzung zu erhöhen, sowie auf Basis der gemeinsamen Konzepte auch gemeinsame Ziele bzw. Indikatoren zu entwickeln, die als Benchmarks auf EU-Ebene, aber auch in den einzelnen Mitgliedsländern relevant geworden sind. Während des Lissabon-Prozesses wurde zudem eine Menge an armutsrelevanten Informationen über unterschiedlichste Herangehensweisen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gesammelt, die – zumindest grundsätzlich – das Potenzial hätten, als »*good practices*« oder »*best practices*« zur Armutsbekämpfung in den unterschiedlichen Ländern beizutragen. Dies gilt insbesondere für etliche der Schwerpunktthemen, die im Rahmen des zehnjährigen Lissabon-Prozesses bearbeitet worden sind (z. B. Kinderarmut, Wohnungslosigkeit oder finanzielle Ausgrenzung): Dass dies in Österreich jedoch kaum zu politischen Veränderungen geführt hat, wurde bereits angeführt. In einigen Mitgliedsländern (so auch in Österreich) ist es zwar gelungen, einen – auch im Vergleich zur vorherigen Praxis – stärkeren gemeinsamen Governance-Prozess durch die Einbindung relevanter AkteurInnen (unterschiedlichste Ressorts und Gebietskörperschaften, Non-Profit-Organisationen, ExpertInnen sowie Armutsbetroffene) zu initiieren: Allerdings wird dies nicht nur in Österreich von spezifischen Gruppen (vor allem von Non-Profit-Organisationen) nach wie vor als unzureichend angesehen (Farrell/Moser 2010, Kargl/Schenk 2010).

Zentral für eine Verbesserung des 2010 zu Ende gegangenen Lissabon-Prozesses ist es allerdings auch, seine Schwächen zu benennen, und diese im neuen, wiederum auf zehn Jahre angesetzten Prozess der »Europa 2020-Strategie« möglichst zu vermeiden. Für Frazer und Marlier (2010, 38–40) treten die Schwächen des bisherigen OMK-Prozesses deutlich hervor. Dazu zählt vor allem, dass das 2000 ausgerufenen Ziel, die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung »entscheidend voranzubringen«,

nicht erreicht wurde. Die Armutsgefährdungsquote der 15 Mitgliedsländer belief sich im Jahr 2000 auf 15 Prozent der Bevölkerung. 2008 (neuere Daten sind derzeit nicht verfügbar) betrug die Kennzahl für diese Länder 16 Prozent. Die Armutsgefährdungsquote der zwölf neuen Mitgliedsländer betrug 2008 übrigens 17 Prozent (Frazer/Marlier 2010, 38).

Grund für diese schlechte Erfolgsbilanz ist vor allem, dass die OMK und die damit verbundenen Prozesse deutlich weniger politische Aufmerksamkeit innerhalb der Mitgliedstaaten gefunden haben als jene Teile des Lissabon-Prozesses, die sich auf die Ziele »Wachstum« und »Beschäftigung« bezogen haben. Dies zeigt sich auch darin, dass in der Öffentlichkeit wenig über den auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bezogenen EU-Prozess bekannt ist.

Ein zentraler Grund für die enttäuschende Erfolgsbilanz des OMK-Prozesses ist sicher auch darin zu sehen, dass es sich dabei um eine sehr »weiche« Form politischer Aktivitäten handelt. Zwar sind die Anforderungen bezüglich des Prozesses klar gestellt (z. B. die Verfassung der Strategiepläne unter Einbindung aller relevanten AkteurInnen), gleichzeitig gibt es bei Nichteinhaltung dieser Regeln bzw. bei schwacher Performanz innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten keinerlei negative Konsequenzen (außer dem sogenannten »*naming and shaming*«). Der politische Druck, der von der EU auf die Mitgliedstaaten ausgeübt wird, um die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung voranzutreiben, hält sich damit in Grenzen. Ganz abgesehen davon, dass der Verzicht auf eine quantitative Zielvorgabe während der letzten zehn Jahre auch nicht dazu beigetragen hat, ehrgeizige Ziele zu verfolgen.

Aus den Stärken und Schwächen des Lissabon-Prozesses für den Bereich der Armut und sozialen Ausgrenzung, die sich sowohl für die Ebene der Europäischen Union als auch für die einzelnen Mitgliedstaaten feststellen lassen, gilt es, Verbesserungen für die Zukunft abzuleiten. Zwar stellen Lang und Steiner (2010, 76) mit Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt lapidar fest, dass »sich die OMK als äußerst reformresistent« erwiesen hätte. Nichtsdestotrotz wurden für die dem Lissabon-Prozess nachfolgende »Europa 2020-Strategie« (Europäische Kommission 2010) einige Veränderungen vorgenommen.

Insbesondere, und dies kam durchaus einer »Sensationsmeldung« gleich (Daly 2010, 30), wurde von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, ein konkretes Armutsziel festzulegen – auch, um die Bedeutung sozialer Ziele der Union zu unterstreichen. Zunächst war der Plan, die Zahl der Armutsgefährdeten bis 2020 um 20 Millionen Personen zu verringern. Dieses Ziel wurde nach erheblichem Widerstand vonseiten einiger Mitgliedstaaten (z. B. Deutschlands, Italiens und Großbritanniens, aber auch der Niederlande, Dänemarks und Schwedens) seither etwas verwässert: Die Verringerung um 20 Millionen Menschen bezieht sich nicht mehr nur auf die Armutsgefährdeten allein und damit auf insgesamt 80 Millionen Personen, sondern auf die Armutsgefährdeten und/oder die materiell Deprivierten und/oder auf Personen, die in Arbeitslosenhaushalten leben. Das sind insgesamt 120 Millionen Menschen. Damit wurde die Reduktion, die nach dem ursprünglichen Plan immerhin 25 Prozent betreffen hätte, auf eine Quote von knapp 17 Prozent gedrückt. Trotzdem könnte diese Quantifizierung des Armutsziels auf ein stärkeres politisches Bekenntnis zur (möglichst

nachhaltigen) Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung hinweisen (vgl. Frazer/ Marlier 2010, 40–41).

Allerdings wird es den Mitgliedstaaten überlassen, welche Indikatoren sie für den Nachweis der Zielerreichung jeweils wählen wollen. Sollten sich Verbesserungen bei einigen Indikatoren einstellen, so gilt dies als Erfolg – unabhängig davon, ob die Entwicklung bei anderen Indikatoren unzureichend war. Nicht zuletzt deshalb bleiben beispielsweise Lang und Steiner skeptisch im Hinblick auf den Erfolg der »Europa 2020-Strategie«, denn das Grundproblem, mit dem bereits die Lissabon-Strategie des letzten Jahrzehnts zu kämpfen hatte, bleibt ihrer Ansicht nach auch im gerade anbrechenden Jahrzehnt bestehen:

»Es fehlt jeglicher Konsens darüber, was Sozialpolitik auf europäischer Ebene sein soll«
(Lang/ Steiner 2010, 81).

Dies gilt auch für die Frage, was soziale Ausgrenzung eigentlich ist bzw. wie diese bekämpft werden sollte: Der innerhalb der Europäischen Union geführte Diskurs dazu wird von unterschiedlichen – und wenig vereinbaren – Visionen geprägt:

»Auf der einen Seite der Verweis auf Niedrigeinkommen und die Forderung nach Mindesteinkommen bzw. öffentlicher Unterstützung, auf der anderen Seite die Betonung von »Aktivierung« und das Festhalten am Ausschluss vom Arbeitsmarkt als dem Hauptgrund für soziale Ausgrenzung; auf der einen Seite ein expansives Verständnis von sozialer Ausgrenzung, auf der anderen eine engere, im Extremfall thematisierende Sichtweise; eine, die die soziale Lage der Gesellschaft insgesamt ins Auge fasst und eine andere, die sich den Armen und Marginalisierten zuwendet« (Daly 2010, 32).

Ganz abgesehen von den offensichtlichen Unterschieden bei der Einschätzung, wie Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft werden sollen, weist derzeit nichts darauf hin, dass sich die aktuelle Prioritätensetzung der Europäischen Union verändern würde. Der Fokus liegt weiterhin auf Wachstums- und Beschäftigungszielen, während hingegen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (ebenso wie die Verfolgung anderer sozialer und ökologischer Ziele) keine gleichberechtigte Rolle spielt (Frazer/ Marlier 2010, 40) und damit wohl auch in den nächsten zehn Jahren bestenfalls eine Randnotiz des Europäischen Projekts bleiben wird (Farrell/ Moser 2010, 55).

Literatur

Angel, Stefan u. a. (2010) *Editorial*. In: Kurswechsel, Nr. 3, 3–8.

Berghman, Jos (1995) *Social Exclusion in Europe: Policy Context and Analytical Framework*. In: Room, Graham J. (ed.) *Beyond the Threshold: The Measurement and Analysis of Social Exclusion*. Bristol, 10–28.

BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) (2009) *Armutsg-*

fährdung in Österreich: EU-SILC 2008 – Eingliederungsindikatoren. Wien.

BMSG (Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen) (2001) *Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Österreich*. Wien.

Daly, Mary (2010) *Lissabon und die Folgen: Der europäische Ansatz im Kampf gegen Armut und*

- soziale Ausgrenzung in den letzten zehn Jahren.* In: Kurswechsel, Nr. 3, 19–33.
- Die Armutskonferenz (2008) *Aktionsplan der Armutskonferenz. Schattenbericht zum Nationalen Bericht über Strategien für Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008–2010.* Wien, verfügbar unter: http://neu.armutskonferenz.at/images/Broschueren/aktionsplanarmutskonferenz2008_03.pdf, 31.1.2011.
- Dimmel, Nikolaus u. a. (HgInnen) (2009) *Handbuch Armut in Österreich.* Innsbruck.
- Europäische Kommission (2010) *Europa 2020: Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.* Brüssel, verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMP-LET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>, 31.1.2011.
- Europäischer Rat (2000) *Schlussfolgerungen des Vorsitzes.* Lissabon, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm, 31.1.2011.
- Farrell, Fintan/ Moser, Michaela (2010) *A Social Europe for All? False Promise or Feasible Reality?* In: Kurswechsel, Nr. 3, 52–59.
- Fink, Marcel (2010) *Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Österreich vor dem Hintergrund der Europäischen Strategie zur Sozialen Eingliederung: Eine Zwischenbilanz.* In: Kurswechsel, Nr. 3, 60–72.
- Frazier, Hugh/ Marlier, Eric (2010) *The EU's Approach to Combating Poverty and Social Exclusion: Ensuring a Stronger Approach in the Future by Learning from the Strengths and Weaknesses of the Current Approach.* In: Kurswechsel, Nr. 3, 34–51.
- Heitzmann, Karin/ Till-Tentschert, Ursula (2009) *Armutsgefährdung und manifeste Armut in Österreich.* In: Dimmel, Nikolaus u. a. (HgInnen) *Handbuch Armut in Österreich.* Innsbruck, 91–111.
- Kargl, Martina/ Schenk, Martin (2010) *Mit Europa gegen Armut? Österreich und die europäischen Armutspolitiken aus Sicht sozialer NPOs.* In: Kurswechsel, Nr. 3, 83–93.
- Kingdon, John W. (1995) *Agendas, Alternatives, and Public Policies.* New York.
- Knapp, Gerald/ Pichler, Heinz (Hg.) (2008) *Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit: Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich.* Klagenfurt.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005) *Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Gemeinsame Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung: Das Lissabon-Programm der Gemeinschaft.* Brüssel, verfügbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2005:0330:FIN:DE:PDF>, 31.1.2011.
- Lamprecht, Alexandra (2010) *Bedingung oder Bereicherung? Nichtstaatliche AkteurInnen in der Offenen Methode der Koordinierung zur sozialen Eingliederung in Österreich.* In: SWS-Rundschau, Nr. 2, 187–206.
- Lang, Helmut/ Steiner, Hans (2010) *Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: Relevanz der Europäischen Armutspolitik für die österreichische Politik.* In: Kurswechsel, Nr. 3, 73–82.
- Litschel, Veronika (2009) *Gemeinschaftliche Sozialpolitik in der Europäischen Union und die Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung.* In: Dimmel, Nikolaus u. a. (HgInnen) *Handbuch Armut in Österreich.* Innsbruck, 610–625.
- Room, Graham J. (1993) *Anti-Poverty Action-Research in Europe.* Bristol.
- Room, Graham J. (1999) *Social Exclusion, Solidarity and the Challenge of Globalization.* In: *International Journal of Social Welfare*, Nr. 3, 166–174.
- Room, Graham J. (2010) *The Path to Lisbon: The European Anti-Poverty Programmes from the 1970s to the 1990s.* In: Kurswechsel, Nr. 3, 9–18.
- Schenk, Martin/ Moser, Michaela (2010) *Es reicht! Für alle! – Wege aus der Armut.* Wien.
- Schneidewind, Peter (1985) *Mindestlebensstandards in Österreich.* Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 11. Wien.
- Steiner, Hans/ Giorgi, Liana (1997) *Armut und Armutsbekämpfung in Österreich.* In: Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Hg.) *Bericht über die soziale Lage: Analysen und Ressortaktivitäten.* Wien, 177–205.
- Stelzer-Orthofer, Christine (2010) *Armutsbericht-erstellung in Österreich: Eine kritische Bestandsaufnahme.* In: Knapp, Gerald/ Pichler, Heinz (Hg.) *Armut, Gesellschaft und Soziale Arbeit: Perspektiven gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich.* Klagenfurt, 33–44.

Kontakt:
 karin.heitzmann@wu.ac.at